



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Kaindl, Raimund Friedrich: Die neue Wendung der polnischen Frage :
September bis Dezember 1917 : (Schluß)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

des Programms Mitteleuropa, der wirtschaftlichen Expansion hauptsächlich nach Osten und Südosten und dem Erwerb einer großen Kolonialherrschaft in Afrika.

Bis zu welchem Grade für die Durchsetzung dieser Kriegsziele Belgien als Faustpfand verwertet werden darf, suchte dieser Aufsatz anzudeuten. Belgien ist für uns nicht Selbstzweck, wir wollen es nicht behalten. Aber es darf auch nicht bloß Mittel zu dem Zwecke sein, auf kolonialem Gebiete Ziele durchzusetzen. Es gibt eine Grenze der Zugeständnisse, die wir für die Wiederherstellung der belgischen Unabhängigkeit machen dürfen. In früheren Aufsätzen habe ich die belgische Frage für sich behandelt, diesmal galt es, ihre ungefähre Stellung in der Gesamtheit unserer Kriegszielfragen darzulegen. Es geht um die politische und wirtschaftliche Sicherung unseres Vaterlandes und die Erhaltung der Staatenordnung, die der Krieg in Europa geschaffen hat und die der Friede bestätigen wird. Dazu ist Belgien in unsere Hand gegeben, daß wir den Besitz für die Durchführung unserer Gesamtkriegsziele zu benutzen wissen, aber doch auch nicht übersehen, daß viele von diesen Zielen ohne Berücksichtigung Belgiens erreichbar sind, und daß wir für das übrige auf keinen Fall jedes beliebige Zugeständnis an die Unabhängigkeit Belgiens machen dürfen. Der Ausgang des Krieges wird endgültig entscheiden, ob wir es überhaupt nötig haben, bis an diese Grenze zu gehen!



Die neue Wendung der polnischen Frage

September bis Dezember 1917

Von Professor Raimund Friedrich Kaindl

(Schluß)



Am Anfangs November vorigen Jahres verbreitete sich die Nachricht, daß tatsächlich die Absicht bestehen soll: Polen mit Galizien unter dem Kaiser von Österreich als polnischen König zu vereinigen und dafür Preußen mit Kurland und Litauen zu verbinden. Die Nachricht wurde zwar sofort dementiert: die Verhandlungen seien noch nicht abgeschlossen, und was die Blätter über die angebliche Lösung gebracht haben, beruhe auf Vermutungen. Diese Erklärung machte um so geringeren Eindruck, als Graf Czernin dem ruthenischen Klub am 1. November nur versichert hatte, die polnische und ruthenische Frage werde vor dem Friedensschluß nicht entschieden („Ukrainische Korrespondenz“ Nr. 42/43 S. 5) und auch Ministerpräsident von Seidler im österreichischen Abgeordnetenhaus am 9. November wieder nur ausführte, man könne noch nicht davon sprechen, daß die polnische Frage gelöst sei; es hätten nur

Vorbereitungen mit der deutschen Regierung stattgefunden. Falls in Zukunft das Königreich Polen eine Annäherung an die Monarchie suchen sollte, so würde die Angelegenheit der österreichischen Volksvertretung rechtzeitig vorgelegt werden. Der polnische Staat soll sich nach freier Wahl in Zukunft seinen politischen Anhang suchen. Auch da also keine eigentliche Widerrufung des gemeldeten Planes. Die Betonung der Selbstbestimmung der Polen (ein Entgegenkommen gegen den russischen Standpunkt und die Sozialdemokraten) steht durchaus nicht im Widerspruch zu diesem Plan, denn wir wissen, daß die Wahl der Habsburger von den Polen oft erörtert wurde und auch in der Gegenwart in politischen Programmen Aufnahme fand.*) Übrigens haben die Polen am 9. November nicht nur nicht dagegen Stellung genommen, sondern durch Dr. Glombinski erklärt, daß sie es wünschen, daß der österreichische Kaiser die Sache der Polen in seine Hände nehme und einer glücklichen Lösung zuführe. Auch der Staatssekretär Dr. von Kühlmann hat das Selbstständigkeitsrecht der Völker betont, was die preußischen Polen dankend anerkannten; ein Widerspruch gegen den Plan, daß die polnische Krone an die Habsburger übertragen werden solle, ist nicht erfolgt. Von ungarischer Seite ist den Polen wieder so viel Sympathie bewiesen worden, daß der Polenklub dafür dem Ministerpräsidenten Dr. Weyerle den wärmsten Dank aussprach: „In seinen Bestrebungen zur Wiedererlangung des unabhängigen Staates zählt das polnische Volk auf die seit Jahrhunderten erprobte Sympathie des ungarischen Volkes“ (21. November). Man weiß, daß Andrássy und sein Kreis längst schon den Standpunkt des Obersten polnischen Nationalkomitees gebilligt haben (vgl. mein „Polen“ 2. Aufl., S. 104) und auch jetzt diese Pläne (Anschluß an die Monarchie) fördern.

Das Gesagte wird genügen, um zu zeigen, daß das „Novembergerücht“ nicht aus der Luft gegriffen war. Nachträglich hat Ministerpräsident von Seidler am 23. November freilich erklärt, daß die österreichische Regierung an der Einheit des österreichischen Staates und der Aufrechterhaltung der bestehenden Grenzen eines jeden Kronlandes festhalte. Dies könnte so aufgefaßt werden, daß jetzt keine Absicht bestände, Galizien an Polen abzugeben. („Deutsche Volksblatt für Galizien“ 13. Dez.) Ob das auch immer die Absicht der österreichischen Regierung war und sein wird, ist nicht klar gesagt.

Wenden wir uns nun der Auffassung des „Novembergerüchtes“ in der Öffentlichkeit zu.

Auf reichsdeutscher Seite wird zwar wieder betont, daß niemand „von uns daran gedacht hat, in Polen zu bleiben“ („Tägliche Rundschau“ 8. Nov.), aber man bekämpft diese Hingabe Polens vor Abschluß des Krieges und des Friedens, weil die Stellung Deutschlands dadurch geschwächt würde. Daher wird gegen die „freundnachbarliche Verschleuderung“ Stellung genommen. Man darf nicht dieses „Faustpfand“ aus der Hand geben („Deutsche Zeitung“ 8. Nov.). Die Erregung kehrt sich also vor allem gegen den Zeitpunkt dieser Lösung. Außerdem werden die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Interessen betont, die festzustellen

*) Schon im sechzehnten Jahrhundert, wiederholt seit dem Ende des achtzehnten Jahrhunderts (vgl. mein „Polen“ 2. Aufl. S. 80 ff.). In jüngster Zeit ist dieser Plan nicht nur vom Obersten polnischen Nationalkomitee, sondern auch in der deutsch-österreichischen Denkschrift „Österreich-Ungarns Schicksalsstunde“ wieder aufgenommen worden und in anderer Form auch in der deutsch-österreichischen Osterbegehrensschrift von 1916.

sind. Die „Tägliche Rundschau“ hält das habsburgische, um Galizien verstärkte Polen freilich auch für sehr „fatal“: „Noch mehr und ausschließlich als ein wirklich selbständiges Polen ohne Österreich muß und wird dieses habsburgische Triaspolen alle seine Wünsche und Begehren auf den preussischen Osten richten, auf unsere Ostseeküste, auf Posen, Danzig und Königsberg. Es wird wie ein Pfahl im Fleisch zwischen uns und Österreich-Ungarn sitzen.“ Eine bessere Lösung wird nicht angedeutet. Der Hinweis, daß man in Polen den österreichischen Kaiser nach irgendwelchen angeblichen Verfassungsentwürfen nicht wählen können, verdient kaum der Beachtung. Das wird doch ganz vom Willen der Polen abhängen und ein Teil der Polen ist offenbar dafür.

In Österreich nahmen schon in der Reichsratsitzung vom 9. November die verschiedenen Parteien Stellung zum neuen Plan. Die Ausführungen der einzelnen Redner sind fast durchaus nicht sehr bedeutend. Die Ruthenen haben wieder einmal in schärfster Weise gegen die Angliederung Ostgaliziens an Polen gesprochen; ja sogar in diesem Falle mit dem Abbrücken von Österreich gedroht. Der offizielle Vertreter des Polenklubs Glombinski hat die Zustimmung der Polen erklärt (s. oben) und auf ganz Galizien Anspruch erhoben. Dagegen hat freilich Stapinski als Vertreter der polnischen Volkspartei auf die ruthenischen Gebiete verzichtet, aber auf den preussischen Anteil Polens Anspruch erhoben. Die Rumänen wollen den polnischen Teil Galiziens an Polen, den ruthenischen Teil Galiziens und der Bukowina an die Ukraine fallen lassen, dagegen den rumänischen Teil der Bukowina mit Rumänien unter dem Kaiser von Österreich vereinigen. Andere Redner sprachen vom Selbstbestimmungsrecht der Völker; ihnen antwortete der Ministerpräsident mit der schon oben erwähnten Anerkennung dieses Rechtes. Der deutsche Sozialdemokrat Seitz warnte vor Gegensätzen zum Deutschen Reich. Kuranda hat im Namen der deutsch-freisinnigen Abgeordneten gegen die Abtretung Galiziens an Polen gesprochen. Dagegen hat der Abgeordnete Dr. Waldner entsprechend dem allgemeinen deutsch-österreichischen Programm erklärt, daß die Deutschen die Lösung der Polenfrage in einer austropolnischen, d. h. in einem die Belange Österreichs, der österreichisch-ungarischen Monarchie und des Deutschen Reiches wahren Sinne wünschen; dabei sollen die Belange der Ruthenen gebührend berücksichtigt werden. Am gleichen Tage erklärte die „Ostdeutsche Rundschau“ in demselben Sinne: „Rückhaltslos müssen wir als Deutschnationale diese Lösung der Frage begrüßen.“*) In diesem Artikel der „Ostdeutschen Rundschau“ und in einigen anderen ähnlichen Aufsätzen werden die Gründe für die austro-polnische Lösung erörtert.**)

Es möge hier gestattet sein, in Kürze das Wichtigste zusammenzufassen, was dafür spricht:

Schon am Schlusse unserer Ausführungen im vorangehenden Hefte ist alles kurz gesagt worden, was gegen die Verbindung Polens mit Deutschland spricht.

*) Trotzdem haben sich die Deutsch-Österreicher bei den Polen keinen Dank verdient, der doch den Magyaren in reichem Maße zuteil wird! Freilich ersparen sich diese die Stellungnahme zugunsten der Ruthenen. Aber auch unser Eintreten für die Ruthenen hat uns keine Anerkennung eingetragen. Die redliche Vermittlerrolle ist eben stets undankbar!

**) Vgl. auch „Ostdeutsche Rundschau“ vom 28. November; „Grazer Tagespost“ Morgenbl. 2. Nov., „Mittel-Europa“ 20. November und 25. Dezember; auch der Artikel in derselben Zeitschrift vom 18. Dezember kommt schließlich doch zur austro-polnischen Lösung.

Ebenso ist es klar, daß ein selbständiges, ungesättigtes Polen (Pufferstaat) uns gefährlicher ist, weil es feindlichen Einflüssen mehr unterworfen wäre. Eine Zurückgabe an Rußland, wie man sie mitunter als Friedenspreis gedacht hat, ist seit der russischen Revolution unmöglich. Ein Zerbrechen Polens ist schon wegen des am 5. November 1916 gegebenen Versprechens untunlich, würde aber auch sonst nur zu den schwersten Verwicklungen führen, da alle Staaten den Wiederaufbau Polens in Aussicht gestellt haben.*)

Es bleibt also nur die austro-polnische Lösung, die wenigstens ein großer Teil der Polen wünscht, wobei also das Selbstbestimmungsrecht der Völker erfüllt erscheint. Daß der Gedanke der Übertragung der polnischen Krone an Habsburg nicht neu ist, wurde schon oben betont.

In deutsch-österreichischen Kreisen wird die Lösung der Frage in dem angedeuteten Sinne gut geheißt,**) weil sie die Erfüllung alter Forderungen bringen würde: Ausscheiden der polnischen Abgeordneten aus dem Wiener Parlament. Man verspricht sich davon eine Gesundung des Staates, was auch für das verbündete Deutschland ein Gewinn wäre. Dieses gestärkte Österreich würde aber auch für eine deutsche Richtung der Politik der ganzen Monarchie mehr Gewähr bieten.

An und für sich wird das mit Österreich-Ungarn verbündete Polen sich dem von den Habsburgern und von der Donaumonarchie treu gewahrten und erprobten Bündnisse mit Deutschland anschließen. Man muß von diesem Polen erwarten, daß es keine extremen Forderungen an Deutschland und Preußen stellen wird. Die gemäßigten Krakauer Konservativen (in deren Sinne die austro-polnische Lösung ist) haben auf preußisch-polnische Gebiete keine Forderungen erhoben und man darf hoffen, daß sie sich auch in Zukunft mäßigen werden. Polen selbst wird dadurch, daß die ruhigen Krakauer Konservativen dort zur Geltung kommen, hoffentlich in ein ruhiges Fahrwasser gelangen. Scheidet aber Galizien aus Österreich nicht aus, so ist Gefahr vorhanden, daß nicht nur Österreich weiter durch die slawische Mehrheit geschwächt wird, sondern daß unter Führung der Polen eine bundesfeindliche Richtung überhand nimmt, besonders wenn aus einem selbständigen Polen geheßt würde. Kommt Polen unter den Kaiser von Österreich, ohne daß Galizien mit diesem verbunden wird, so wäre diese Lösung in vielen Beziehungen besser als ein selbständiges Polen, sie stände aber in anderen Belangen der Lösung, wie sie das Novembergerücht will, nach.

Auch die Stellung der deutschen Ansiedler in dem mit Österreich verbundenen Polen wird sich anders gestalten als in dem ganz selbständigen. Die Sicher-

*) Darauf baut sich die Hoffnung der passivistischen Polengruppe; sie ist überzeugt, daß auch ohne alles Zutun von polnischer Seite Polen wieder erstehen müsse.

**) Der von einem anonymen Deutsch-Österreicher in der „Deutschen Zeitung“ vom 16. November veröffentlichte Artikel „Deutsch-Österreich und Polen“ entspricht ebensowenig wie die oben erwähnte Meinung Kurandas der allgemeinen Anschauung Deutsch-Österreichs. Gewiß gab und gibt es unter den Deutsch-Österreichern Stimmen, die gegen eine Abtrennung Galiziens sind; aber andere Rücksichten haben die Allgemeinheit der Deutsch-Österreicher doch seit Jahrzehnten zu diesem Entschlusse gedrängt; freilich darf die Abtretung nicht bedingungslos erfolgen. Eine Angliederung Polens an Preußen konnte in den deutsch-österreichischen Kreisen nie recht in Betracht gezogen werden, weil sie schon wegen des Widerstandes in Deutschland undurchführbar wäre und die Polen darauf nicht eingehen würden.

stellung der Deutschen im polnisch-ruthenischen Gebiete muß aber eine unserer Hauptfragen sein! Wir müssen darauf sehen, daß jede von uns geförderte Nation auch unsere Volksgenossen berücksichtigt.

Dazu kommt, daß Preußen-Deutschland durch Gebietserweiterung im Osten gestärkt werden soll und dadurch eine Orientierung Polens nach Osten wohl unmöglich wird. Österreich sollte aber Ostgalizien als selbständige ruthenische Provinz behalten und so die Grenzmark gegen Osten vervollständigen. Die Einbeziehung ruthenischer und litauischer Gebiete ins neue Polen würde diesen Staat von allem Anfang an nicht zur Ruhe kommen lassen. Im neuen Polen werden sich namentlich Deutschland und Österreich gewisse politische, militärische und wirtschaftliche Rechte wahren müssen, Österreich ganz besonders in Galizien, das es doch nur unter gewissen Bedingungen an Polen abtreten kann. Galizien ist wirtschaftlich und als Vorfeld von den Karpathen zu wichtig und Österreich (besonders die österreichischen Deutschen) haben für dieses Land bisher zu große Opfer getragen, als daß es ohne weiteres abgetreten werden könnte. Gehen gewisse Voraussetzungen nicht in Erfüllung — z. B. die Wahrung der Rechte der deutschen Einwohner — dann müßte ein Rückfall (wie bei den österreichischen Legionen als Kader des polnischen Heeres) ausbedungen werden. Auch für Ungarn ist die militärische Deckung durch Galizien zu wichtig, als daß es Galizien in unsicheren Händen dulden könnte. Selbstverständlich ist, daß die berechtigten Forderungen der Polen auf Erhaltung des Absatzgebietes für ihre Industrie, Zufuhr von überseeischen Rohstoffen u. dgl. in mitteleuropäischem Sinne geordnet werden müssen.

Zweifellos bietet auch die austro-polnische Lösung der polnischen Frage manche Schwierigkeiten. Gewiß nimmt Österreich eine große Aufgabe auf sich; aber ein gestärktes Österreich wird ihr wahrscheinlich mehr entsprechen als ein durch die slawische Majorität zerrüttetes. Den gesteigerten Fieberzustand, wie er sich im letzten Jahre gezeigt hat, kann auch die urwüchsige Kraft Österreichs nicht für die Dauer ertragen. Ein Niederringen Österreichs durch Ungarn und Polen in Triasreiche würde auch eine Schwächung dieser beiden Staaten selbst bedeuten: Ungarn bekommt es schon jetzt auf seinem Leibe zu spüren, wie lästig ihm die Tschechen und Südslawen werden, weil Österreich nicht stark genug ist, diese Bewegung niederzuhalten. Die östliche Gefahr ist aber durchaus nicht für alle Zeiten beschworen und die mitteleuropäischen Staaten müssen auf gemeinsame starke Abwehr gefaßt sein. Hoffentlich ringt sich dieser vernünftige Standpunkt immer mehr durch und hilft Unstimmigkeiten zu überwinden. Unwahrscheinlich ist es, daß die religiösen Verhältnisse Grund zu irgendeiner Verwicklung bieten könnten; man wird sich wohl hüten, die ohnehin drohenden Schwierigkeiten dadurch unheilvoll zu häufen. Für große religiöse Bewegungen scheint auch kein Boden mehr vorhanden zu sein. Wenn in reichsdeutschen Kreisen das Bedenken vorliegt, jetzt schon endgültig die Fragen zu lösen, so sei darauf verwiesen, daß in deutsch-österreichischen Kreisen die Anschauung verbreitet war, daß die besetzten Gebiete bis zur Beruhigung der Verhältnisse militärisch zu verwalten seien*); übrigens ist von den maßgebenden Faktoren Österreichs und Ungarns erklärt worden, daß

*) Einer der wichtigsten Gründe für den Aufschub der staatlichen Organisation Polens scheint freilich durch die Entwicklung der Dinge in Rußland beseitigt zu sein. Das neue Rußland will ja auf die Pläne des zaristischen verzichten. Die Gewähr für die Dauer

die Polenfrage nicht vor Friedensschluß endgültig entschieden werde (Erklärung Czernins s. oben; Beckerle sagte dasselbe 20. November).

Von größter Wichtigkeit ist, daß wegen der schwebenden Verhandlungen zwischen den völkischen Kreisen Deutschlands und Deutsch-Osterreichs keine Spannung eintrete. So oder so, die Einigkeit zwischen Deutschen hüben und drüben tut für alle Zukunft not.

Über die weitere Entwicklung der Verhältnisse in Polen seit dem Bekanntwerden des Novemberplanes ist nicht viel zu sagen. Nachdem die Berliner Regierung trotz des Widerstandes der Polen den Grafen Tarnowski als Ministerpräsidenten zurückgewiesen hatte, ist Jan Kucharzowski, bisher Chef der Sektion für höheres Schulwesen des Regenschafsrates, zum polnischen Ministerpräsidenten ernannt worden. Der Regenschafsrat findet Anerkennung (auch aus Galizien). Die aktivistischen Parteien Polens schließen sich der Regierung an und versprechen sie zu unterstützen. Einzelne polnische Blätter (so „Godzina Polski“), weisen mit Entschiedenheit die passivistische Partei und ihre Blätterstimmen in Rußland und Frankreich, die in Polen die Schaffung einer Regierung und eines Heeres nicht zulassen, zurück. Ministerpräsident Kucharzowski hat im Dezember in einer Unterredung mit den polnischen Redakteuren betont, daß die Aufgaben der Regierung schwierig seien, da es an Männern fehlt, die die Tradition eines staatlichen Aufbaues besitzen; man werde daher Leute aus anderen Gegenden Polens zuziehen müssen. Die rasche Schaffung einer Armee sei äußerst wichtig, doch seien die Gerüchte einer Kriegserklärung an Rußland (vgl. oben) irrig. Nach weiteren Nachrichten sind auch Verhandlungen über die Gestaltung der Heeresverwaltung im Zuge; damit hängt wohl auch die Nachricht zusammen, daß Kaiser Karl am 15. Dezember eine polnische Abordnung in Angelegenheit der polnischen Region empfangen hat. Auch die Errichtung polnischer Gesandtschaften wird gewünscht; doch tritt z. B. der Krakauer „Czas“ in einem auch sonst sehr klugen Artikel diesen übereilten Forderungen und dem Treiben der Nationaldemokraten überhaupt entgegen (24. November). Andererseits hielt aber Prof. Romer, der Herausgeber des großpolnischen Aftasses, in Lemberg einen Vortrag über die Notwendigkeit der Meeresküste für Polen (24. November) und in Warschau veranstaltete die polnische Jugend auf Veranlassung der Pilsudski ergebenen freien polnischen militärischen Organisation eine Kundgebung, die blutige Zusammenstöße herbeiführte (9. Dezember). Auch fehlt es nicht an Spannung zwischen dem Ministerpräsidenten Kucharzowski und den nicht aktivistischen Gruppen („Kurjer polski“ vom 5. Dezember).*)

dieser Anschauungen ist aber bisher ebensowenig vorhanden, wie für das Bestehen der Neuordnung Rußlands überhaupt.

*) Die Darstellung des Herrn Professor Raindl schließt mit dem Jahre 1917 ab. Zur jüngsten Entwicklungsphase der polnischen Frage wird der Herausgeber der Grenzboten zu gegebener Zeit Stellung nehmen. Die Schriftleitung.

